

Gegenüberstellung der Änderungen des Generalpachtvertrages für Vereinsklingartenanlagen

20.11.2025

Generalpachtvertrag alte Fassung	Generalpachtvertrag neue Fassung
<p>„§ 1 Pachtobjekt</p> <p>(1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden verpachtet die in der anliegenden Aufstellung aufgeführten städtischen Grundstücke dem Pächter zu dem Zweck kleingärtnerischer Nutzung gemäß den Bestimmungen des Bundeskleingartengesetzes vom 28.02.1983 (BGB1. I, Seite 210) mit der Maßgabe, dass der Pächter die Flächen aufgrund einzelner Kleingartenpachtverträge weiterverpachtet (Zwischenpacht im Sinne des § 4 Absatz 2 BKleingG). Die Aufstellung der Pachtgrundstücke ist Bestandteil dieses Vertrages.</p>	<p>„§ 1 Pachtobjekt</p> <p>(1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden, im Folgenden „Verpächterin“ genannt, verpachtet die in der beiliegenden Aufstellung aufgeführten städtischen Grundstücke dem Stadt- und Kreisverband Wiesbaden der Kleingärtner e.V., im Folgenden „Generalpächter genannt, zu dem Zweck kleingärtnerischer Nutzung mit der Maßgabe, dass der Generalpächter die Flächen an die einzelnen Kleingartenvereine im Sinne des Bundeskleingartengesetzes (BKleingG) mittels Zwischenpachtvertrag weiterverpachtet. Die Aufstellung der Pachtgrundstücke in der Anlage ist Bestandteil dieses Vertrages.</p> <p>Es gelten u.a. die Bestimmungen des BKleingG, sowie die Festsetzungen der rechtsverbindlichen Bebauungspläne.</p>
<p>„§ 2 Vertragsdauer</p> <p>(1) Das Pachtverhältnis beginnt am 01. Dezember 1983 und läuft auf unbestimmte Zeit. Das Pachtjahr rechnet vom 1. Dezember bis zum 30. November des Folgejahres.</p>	<p>„§ 2 Pachtdauer und Beendigung des Pachtverhältnisses</p> <p>(1) Das Pachtverhältnis beginnt am 01.12.2026 und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.</p> <p>(2) Als Pacht-, Wirtschafts- und Fruchtjahr gilt die Zeit vom 1.12. bis 30.11. des Folgejahres.</p>

(2) Die Beendigung des Pachtverhältnisses durch Kündigung richtet sich nach den Vorschriften des BGB und des Bundeskleingartengesetzes. Eine Kündigung durch die Verpächterin ist auch hinsichtlich der einzelnen in der Anlage zu diesem Vertrag aufgeführten Grundstücke bzw. einzelner Teile einer Kleingartenanlage zulässig, soweit die Kündigungsvoraussetzungen nur diese Teilfläche betreffen. Im Falle einer Teilkündigung besteht der Pachtvertrag im Übrigen unverändert fort.

(3) Das Pachtverhältnis kann durch Kündigung beendet werden.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(4) Die Verpächterin kann den Generalpachtvertrag nach den jeweils gültigen Regelungen des BKleingG kündigen. Der Generalpächter ist berechtigt, das Pachtverhältnis mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines jeden Pachtjahres zu kündigen. Kündigt der Generalpächter diesen Vertrag, löst dies keine Entschädigungspflicht der Verpächterin aus.

(5) Eine Kündigung durch die Verpächterin ist auch hinsichtlich der einzelnen in der Anlage zu diesem Vertrag aufgeführten Grundstücke bzw. einzelner Teile einer Kleingartenanlage zulässig, soweit die Kündigungsvoraussetzungen nur diese Teilfläche betreffen. Im Falle einer Teilkündigung besteht der Pachtvertrag im Übrigen unverändert fort.

(6) Bei Beendigung des Pachtverhältnisses hat der Generalpächter das Pachtobjekt in dem Zustand zurückzugeben, der einer bis zur Rückgabe fortgesetzten ordnungsgemäßen Bewirtschaftung entspricht. Auf Verlangen der Verpächterin sind alle eingebrachten privaten Gegenstände zu entfernen.

(7) Eine Verpflichtung zur Entschädigung und zur Bereitstellung von Ersatzgelände richtet sich nach den geltenden Bestimmungen des BKleingG.

	<p>(8) Setzt der Generalpächter die Nutzung des Pachtobjektes über die Beendigung des Vertrages hinaus fort, verlängert sich das Pachtverhältnis nicht. § 545 BGB findet keine Anwendung.</p>
<p>„§ 3 Pachtzins</p> <p>(1) Der Pachtzins beträgt jährlich 0,20 EUR / pro Quadratmeter. Der Gesamtbetrag errechnet sich nach den Angaben über den Flächeninhalt der verpachteten Grundstücke, die in der beigefügten Aufstellung enthalten sind. Der Gesamtpachtzins ist mit Beginn eines jeden Pachtjahres fällig und gemäß Anforderung der Stadtkasse zu überweisen.</p> <p>(2) Die Verpächterin kann den Pachtzins durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem Pächter bis zur Höhe des Höchstpachtzinses anheben. Soll die Pachtzinserhöhung für das folgende Pachtjahr wirksam werden, so muss die Erklärung dem Pächter spätestens bis zum Ende des laufenden Pachtjahres zugegangen sein. Die Anpassung des Pachtzinses an den Höchstpachtzins durch den Pächter regelt sich entsprechend. Im Übrigen gilt § 5 des Bundeskleingartengesetzes. Eine Anpassung des Pachtzinses kann erstmalig zum 01. Dezember 1986 verlangt werden.</p>	<p>„§ 3 Pacht</p> <p>(1) Die Pacht beträgt für ein Pachtjahr 0,20 EUR pro Quadratmeter. Der Gesamtbetrag errechnet sich nach den Angaben über den Flächeninhalt der verpachteten Grundstücke, die in der beigefügten Aufstellung enthalten sind.</p> <p>(2) Die Gesamtpacht ist mit Beginn eines jeden Pachtjahres fällig und gemäß Anforderung des Kassen- und Steueramtes zu überweisen.</p> <p>(3) Die Verpächterin kann die Pacht durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem Generalpächter bis zur Höhe der Höchstpacht nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 1 BKleingG anheben. Soll die Pachterhöhung für das folgende Pachtjahr wirksam werden, so muss die Erklärung dem Generalpächter mit dem vom Gutachterausschuss, gem. § 192 Baugesetzbuch, ermittelten Gutachten über die ortsüblichen Pachten im erwerbsmäßigen Obst- und Gemüsebau spätestens bis zum Ende des laufenden Pachtjahres zugegangen sein. Da die Anpassung der Pacht erst im darauf folgenden Jahr erfolgen kann, werden die Zwischen- und Unterpächter erst im darauf folgenden Frühjahr informiert.</p>

<p>(3) Weicht die wirkliche Größe des Pachtgrundstückes von dem angegebenen Flächeninhalt ab, kann erst vom nächsten Pachtjahr an eine Änderung des Pachtzinses nach Ziffer 1 verlangt werden.</p>	<p>Die Anpassung der Pacht an die Höchstpacht durch den Generalpächter regelt sich entsprechend.</p> <p>(4) Weicht die wirkliche Größe des Pachtgrundstückes von dem angegebenen Flächeninhalt ab, kann erst vom nächsten Pachtjahr an eine Änderung des Pachtzinses nach Absatz 1 verlangt werden.</p>
<p>„§ 4 Nutzungsart</p> <p>(1) Die Weiterverpachtung der Grundstücke hat nach den geltenden Bestimmungen des Bundeskleingartengesetzes und den jeweils geltenden Bedingungen der Vereinssatzung und der Gartenordnung des Pächters als gemeinnützige Einrichtung zu erfolgen.</p> <p>(2) Der Pächter ist verpflichtet, bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern die gesetzlichen Bestimmungen des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes vom 24. September 1962 und die Anweisungen und Pläne der Verpächterin zu beachten. Außerdem darf die Aufstellung von Lauben nur nach den Anweisungen und Plänen der Verpächterin vorgenommen werden. Abweichungen jeder Art dürfen nur mit Genehmigung der Verpächterin durchgeführt werden.</p>	<p>„§ 4 Nutzungsbestimmungen</p> <p>(1) Der Generalpächter ist verpflichtet, die Flächen zum Zwecke der kleingärtnerischen Nutzung weiter zu verpachten.</p> <p>(2) Die Weiterverpachtung der Grundstücke hat unter Beachtung dieses Vertrages und den Bestimmungen des BKleingG, als gemeinnützige Einrichtung zu erfolgen.</p> <p>(3) Die Weiterverpachtung der Grundstücke darf nur zum Zwecke der kleingärtnerischen Nutzung erfolgen. Eine andere Nutzung ist nicht zulässig. Dabei ist das gartenbauliche Leitbild der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beachten und umzusetzen.</p> <p>(4) Unzulässig ist die Tierhaltung jeglicher Art. Für mitgebrachte Hunde gilt außerhalb der Kleingartenparzelle Leinenzwang. Für Schäden, die ein</p>

<p>(3) Der Pächter ist verpflichtet, auf Verlangen der Verpächterin dafür zu sorgen, dass Wirtschaftswege in verpachteten Dauerkleingartenanlagen für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Die Öffnung dieser Wege muss tagsüber während der gesamten Vegetationszeit gewährleistet werden.</p>	<p>Tier verursacht, haftet der Halter. Er hat das Bestehen einer Tierhaftpflichtversicherung auf Verlangen nachzuweisen. Bienenhaltung/Bienenstände bedürfen der Genehmigung des Zwischenpächters.</p> <p>(5) Eine Veränderung des Pachtgrundstückes durch Abgrabungen und Aufschüttungen ist grundsätzlich untersagt. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Verpächterin.</p> <p>(6) Der Generalpächter hat dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftswege in den verpachteten Kleingartenanlagen der Allgemeinheit zugänglich sind. Der Zugang muss tagsüber während der gesamten Vegetationszeit gewährleistet sein.</p> <p>(7) Nicht zulässig sind u.a. das Anbringen oder Aufstellen von Werbebannern, Werbeplakaten und Werbeschildern.</p> <p>(8) Der Generalpächter ist verpflichtet, bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern an den Außengrenzen des Pachtgrundstückes, die gesetzlichen Bestimmungen des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, die Bepflanzungsvorschriften der jeweiligen rechtsverbindlichen Bebauungspläne sowie die Anweisungen und Pläne der Verpächterin zu beachten.</p>
---	--

„§ 5 Errichtung von bauliche Anlagen und Kleintierhaltung

- (1) Vorbehaltlich der Zulässigkeit nach baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, ist die Errichtung einer Laube in einfacher Ausführung in den einzelnen Kleingärten gestattet. Die Größe der Laube darf 30 m³ Rauminhalt, einschließlich einem überdachten Freisitz nicht überschreiten. Die Höhe wird auf 2,50 m (Firsthöhe) begrenzt (siehe auch § 4, Absatz 3.).
- (2) Kleingewächshäuser, sofern sie mit dem Grund und Boden fest verbunden (Fundament) sind, dürfen nicht aufgestellt werden, es sei denn, sie sind Bestandteil der Laube. In diesem Fall wird die Größe des Kleingewächshauses auf die zulässige Gesamtgröße der Laube angerechnet.
- (3) Zusätzliche Geräte- oder Toilettenhäuschen dürfen nicht errichtet werden.
- (4) Das Aufstellen oder Einrichten von Schwimmbecken im Garten ist nicht zulässig, da diese Objekte gemäß § 4 des Vertrages nicht zur Ausstattung und Nutzung eines Kleingartens gehören.
- (5) Kleintierhaltung (auch Hunde und Katzen) ist in den Gärten nicht gestattet.

„§ 5 Bauliche Anlagen

- (1) Vorbehaltlich der Zulässigkeit nach baurechtlichen **sowie** sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, ist die Errichtung **von Gartenlauben** in einfacher Ausführung **(bevorzugt Holzbauweise) zulässig. Die Gartenlaube darf nach ihrer Beschaffenheit, insbesondere nach ihrer Ausstattung und Einrichtung, nicht zum dauernden Wohnen geeignet sein.** Die Größe der Laube, einschließlich überdachtem Freisitz, darf **24 Quadratmeter Grundfläche** nicht überschreiten. Die **Firsthöhe** wird auf 2,50 m begrenzt.
- (2) **Dauerhafte Kleingewächshäuser und Gerätehäuschen mit Fundamenten sind nicht gestattet. Mobile Foliengewächshäuser ohne Fundamente sind bis zu einer maximalen Grundfläche von 6,00 Quadratmeter während der Vegetationszeit erlaubt.**
- (3) **Das Aufstellen von Campingwagen, Containern o. ä. als Gartenlaubenersatz ist untersagt.**
- (4) **In den Vereinsanlagen sind nur zentrale Ver- und Entsorgungsanlagen (Strom und Wasser) zulässig. In den einzelnen Gartenparzellen sind mobile Camping-Toiletten oder vergleichbare Systeme zulässig, d.h. die Fäkalien werden in einem Tank mit oder ohne chemische Substanzen zur Fäulnisreduzierung und Desinfektion gesammelt und sind in gesetzlich zugelassener Art und Weise zu entsorgen. Die Entsorgung über eine Toilette ist nur zulässig, wenn keine chemischen Substanzen verwendet wurden.**

	<p>Schmutzwasser bzw. häusliches Abwasser darf nicht ins Erdreich gelangen, sondern muss ordnungsgemäß entsorgt werden.</p> <p>(5) Die Errichtung von Schwimmbecken ist nicht zulässig. Aufblasbare Kinderplanschbecken mit einer Wasserfläche von maximal 5,00 Quadratmeter und einer Befüllung von maximal 30 cm Wasserhöhe sind erlaubt. Dabei darf eine Gesamtbefüllung von 1,00 Kubikmeter nicht überschritten werden. Wasser aus Bohrungen kann dabei generell nicht genutzt werden, das Wasser darf nicht mit chemischen Mitteln behandelt werden und ist nach der Benutzung kurzfristig zu wechseln.</p> <p>(6) Zu sanierende oder neue Erschließungswege in den Kleingartenanlagen sind in wasserdurchlässiger Bauweise (z.B. wassergebundene Decke) herzustellen und zu unterhalten.</p> <p>(7) Das Errichten von Stellplätzen und das Abstellen von Pkws in den einzelnen Gartenparzellen sind nicht zulässig.</p> <p>(8) Vorbehaltlich der Zulässigkeit nach baurechtlichen sowie sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, ist die Einfriedung der Gesamtanlage als Hecke oder als Maschendraht- oder Stabgitterzaun in einer Höhe bis maximal 1,75 m und mit einem Bodendurchlass für Tiere von mindestens 10 cm zulässig. In Landschaftsschutzgebieten und im Außenbereich ist eine Genehmigung für die Errichtung beim Umweltamt einzuholen.</p>
--	---

	<p>Die Zäune sind in Gehölzpflanzungen zu integrieren oder mit Kletterpflanzen zu beranken. Mauern, Bretter- oder Lattenzäune, Kunststoffmatten, Polyesterbänder, Planen oder andere Materialien, Stacheldraht o.ä. sowie Zaunsockel sind nicht zulässig.</p> <p>(9) Einfriedungen der Gartenparzellen sind nur als Hecken in einer Höhe zwischen 80 und 150 cm oder nur aus Maschendrahtzaun bis maximal 1,00 m zulässig. Andere Einfriedungen sind nicht zulässig.</p> <p>(10) Erforderliche behördliche Genehmigungen der Bauaufsichts-, Wasser- und Naturschutzbehörden sind vom Generalpächter bzw. Unterpächter gesondert einzuholen</p> <p>(11) Wird gegen die Bestimmungen der Absätze 1 bis 10 verstoßen, ist die Verpächterin berechtigt, die sofortige Beseitigung der baulichen Anlage auf Kosten des Generalpächters zu verlangen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.</p>
<p>„§ 6 Gewährleistung</p> <p>Jegliche Haftung der Verpächterin für Fehler, Mängel, Flächeninhalt, Bodenbeschaffenheit und Ertragsfähigkeit des Pachtgrundstückes wird ausdrücklich ausgeschlossen.</p>	<p>„§ 6 Gewährleistung</p> <p>(1) Die Pachtsache wird in dem Zustand überlassen, in dem sie sich bei Beginn des Vertragsverhältnisses befindet. Dem Generalpächter ist der Zustand bekannt. Für eine bestimmte Größe, Beschaffenheit, Flächeninhalt, Ertragsfähigkeit sowie für sichtbare und unsichtbare Mängel der Pachtsache haftet die Verpächterin nicht.</p>

	<p>(2) Die Verpächterin übernimmt keine Gewähr für die Sicherheit der eingelagerten Gegenstände.</p>
<p>„§ 7 Fachberatung des Kleingärtners</p> <p>Der Pächter hat für eine sorgfältige Betreuung, Fach- und Wirtschaftsberatung seiner Unterpächter zu sorgen. Aufgabe der Fach- und Wirtschaftsberatung ist es, dafür zu sorgen, dass die Kleingärtnerfamilien nicht nur theoretisch, sondern vor allem praktisch über die gartenbauliche Nutzung ihres Landes mit dem Ziel unterwiesen werden, sie zur selbstständigen Durchführung aller erforderlichen Arbeiten mit geringem Baraufwand zu befähigen, damit der nachhaltige Ertrag möglichst gesteigert wird.</p>	<p>„§ 7 Fachberatung des Kleingärtners</p> <p>(1) Der Generalpächter hat für eine sorgfältige Betreuung, Fach- und Wirtschaftsberatung seiner Unterpächter zu sorgen. Aufgabe der Fach- und Wirtschaftsberatung ist es, dafür zu sorgen, dass der Unterpächter in Theorie und Praxis über die gartenbauliche Nutzung mit dem Ziel eines ökologischen und integrierten Pflanzenanbaues unterwiesen wird.</p> <p>(2) Den Belangen des Naturschutzes, der Nachhaltigkeit, Biodiversität und Klimaresilienz ist Rechnung zu tragen.</p>
<p>„§ 8 Pflege und Instandhaltung der Anlage</p> <p>(1) Der Pächter hat dafür zu sorgen, dass die unterverpachteten Gartenparzellen ordnungsgemäß, möglichst naturnah, bewirtschaftet und in gutem Kulturzustand erhalten werden.</p>	<p>„§ 8 Pflege, Instandhaltung und Verkehrssicherung der Anlage</p> <p>(1) Der Generalpächter hat dafür zu sorgen, dass die unterverpachteten Gartenparzellen ordnungsgemäß, möglichst naturnah, bewirtschaftet sowie in gutem Kulturzustand erhalten werden und die Unterpächter die Bestimmungen dieses Vertrages einhalten.</p>

<p>(2) Der Pächter übernimmt die Verpflichtung, dass der Aufwuchs (Bäume und Sträucher) sachgemäß gepflegt und alle erforderlichen Pflanzenschutzmaßnahmen sorgfältig, aber unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes, durchgeführt werden. Der Pächter führt die dazu erforderlichen Arbeiten nötigenfalls auf eigene Kosten durch.</p> <p>(3) Der Pächter hat im Übrigen die gesamte Anlage, einschließlich der Hecken, Zäune, Wasserleitungen sowie der Wege und sonstigen gemeinschaftlichen nutzbaren Flächen und Einrichtungen, auf eigene Kosten instand zu halten.</p>	<p>(2) Die Verkehrssicherungspflicht für das gesamte Pachtgrundstück obliegt dem Generalpächter. Dies gilt insbesondere auch für die Pflege des Baumbestandes und der Wege einschließlich der winterlichen Räum- und Streupflicht. Die Verwendung von Auftaumitteln ist verboten. Der Generalpächter stellt die Verpächterin von allen Ansprüchen Dritter frei, die gegen sie wegen der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht erhoben werden.</p> <p>Der Generalpächter ist verpflichtet, die in Bezug auf das Pachtgrundstück und seine Nutzung geltenden bundes- und landesrechtlichen Regelungen sowie das Stadtrecht in der jeweils geltenden Fassung einzuhalten.</p> <p>Die Verpächterin beabsichtigt, dem Generalpächter zur Information der Unterpächter die wichtigsten geltenden Vorschriften in Form von Übersichtsblättern zur Verfügung zu stellen, die auf die spezifischen Besonderheiten der jeweiligen Kleingartenanlage abgestimmt sind.</p> <p>Der Generalpächter ist zudem verpflichtet, allen in Bezug auf das Pachtgrundstück und seine Nutzung eventuell ergehenden behördlichen Anordnungen und daraus abgeleiteten Auflagen auf eigene Kosten und Gefahr nachzukommen.</p> <p>(3) Der Generalpächter hat dafür Sorge zu tragen, dass der Aufwuchs (Bäume und Sträucher) sachgemäß gepflegt und alle erforderlichen Pflanzenschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes durchgeführt werden.</p>
---	--

	<p>Die Erkenntnisse des integrierten und biologischen Pflanzenschutzes sind vorrangig anzuwenden. Hierzu zählen insbesondere eine naturgemäße Anbauweise, die Auswahl widerstandsfähiger und standortgerechter Pflanzen sowie das Anpflanzen von Vogelschutz- und Bienennährgehölzen. Die Förderung von Nützlingen, die der Verbreitung von Schädlingen Einhalt gebieten können, insbesondere dem Schutz der Vögel und anderer Kleintiere, ist besondere Beachtung zu schenken. Nistmöglichkeiten sind zu schaffen. Eine Winterfütterung der Vögel wird unter entsprechenden Witterungsvoraussetzungen empfohlen.</p> <p>Der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln ist auf unumgängliche Fälle und das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Dabei ist die Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (PflSchAnwV), die Leitlinie des Pflanzenschutzdienstes des Landes Hessen zur Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel gemäß Pflanzenschutzgesetz in den jeweils gültigen Fassungen sowie die Anwendungsbestimmungen der Hersteller zu beachten.</p> <p>Biologischen Pflanzenschutzmitteln ist grundsätzlich Vorrang einzuräumen.</p> <p>Bei Schädlingsbefall oder Pflanzenkrankheiten, die vom Kleingärtner nicht genau bestimmt werden können, ist vor der Bekämpfung der Fachberater oder ein Vorstandsmitglied zu Rate zu ziehen.</p> <p>Der Einsatz von chemischen Unkrautvernichtungsmitteln (Herbiziden) ist verboten.</p>
--	---

	<p>Für den Einsatz von Rodentiziden ist ein qualifizierter Kammerjäger zu beauftragen.</p> <p>Der Generalpächter führt die dazu erforderlichen Arbeiten auf eigene Kosten durch.</p> <p>(4) Die Beseitigung von Bäumen und Hecken auf Allgemeinflächen des Pachtgrundstückes bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Verpächterin. Erforderliche behördliche Genehmigungen (z.B. durch die Untere Naturschutzbehörde) sind vom Generalpächter bzw. Zwischenpächter gesondert einzuholen. Für eigenmächtig durchgeführte Maßnahmen ist der Verursacher der Verpächterin gegenüber schadenersatzpflichtig.</p> <p>(5) Die Beseitigung pflanzlicher Abfälle (Gartenabfälle) durch Verbrennen ist in den Gartenparzellen grundsätzlich nicht zulässig. Die Verwertung von Gartenabfällen hat gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz vorrangig über Kompostierung und Verrottung oder über die Biotonne zu erfolgen.</p> <p>(6) Der Generalpächter hat die gesamte Anlage, einschließlich der Zäune, Toranlagen, Wasser- und Stromleitungen, Wege und sonstigen gemeinschaftlich nutzbaren Flächen und Einrichtungen, die vom Verpächter errichtet und übergeben wurden, auf eigene Kosten instand zu halten. Kommt der Generalpächter seinen Verpflichtungen nicht oder nicht ordnungsgemäß nach, so ist die Verpächterin berechtigt, die erforderlichen Arbeiten</p>
--	---

	<p>auf Kosten des Generalpächters vornehmen zu lassen.</p> <p>(7) Die von der Verpächterin mit der Aufsicht und Verwaltung beauftragten Personen sind jederzeit befugt, die Pachtgrundstücke, jedoch nicht die Parzellen der Unterpächter bei deren Abwesenheit, zu betreten. Bei Gefahr in Verzug ist die Verpächterin ermächtigt, die Parzellen der Unterpächter auch bei deren Abwesenheit zu betreten. Die Verpächterin wird den Generalpächter und Zwischenpächter hierüber vorher informieren. Der Generalpächter und Zwischenpächter hat den von der Verpächterin beauftragten Personen alle für die Durchführung dieses Vertrages erforderlichen Auskünfte vollständig und wahrheitsgemäß zu erteilen.</p> <p>(8) Der Generalpächter hat im gesamten Pachtobjekt für die Beseitigung von Unrat und Abfällen zu sorgen. Schädlingsbekämpfung unterliegt den kommunalen Auflagen und geltenden rechtlichen Vorschriften.</p>
<p>„§ 9 Reinigungspflicht</p> <p>(1) Der Pächter hat im gesamten Pachtobjekt für die Beseitigung von Unrat und Abfällen zu sorgen.</p> <p>(2) Der Pächter übernimmt im Innenverhältnis die Verkehrssicherungspflicht in Bezug auf die gesamten Pachtgrundstücke. Der Pächter übernimmt auch das Räumen und Streuen im Winter in dem von der städtischen Straßenreinigungssatzung jeweils vorgeschriebenen Umfang auf den öffentlichen Gehwegen</p>	<p>„§ 9 Reinigungspflicht</p> <p>(1) ist in § 8 (8) geregelt</p> <p>(2) ist in § 8 (2) geregelt</p>

<p>entlang der Außenseite der Kleingartenanlage. Der Pächter stellt die Stadt von allen Ansprüchen Dritter frei, die gegen sie aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht erhoben werden.</p>	
<p>„§ 10 Haftung</p> <p>(1) Die Verpächterin übernimmt keinerlei Haftung für Schäden, die dem Pächter, seinen Unterpächtern und deren Angehörigen oder Dritten innerhalb des Pachtobjektes entstehen. Gegebenenfalls hat der Pächter die Verpächterin von Ansprüchen dritter Personen freizustellen. Der Pächter haftet ohne Rücksicht auf Verschulden für alle von ihm, seinen Unterpächtern und</p> <p>(2) deren Angehörigen, Besuchern oder sonstigen Personen verursachten Schäden an dem Pachtobjekt.</p> <p>(3) Der Pächter ist verpflichtet, für Personen- und Sachschäden eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer des Pachtverhältnisses aufrecht zu erhalten. Er hat das Bestehen einer solchen Versicherung der Verpächterin auf Verlangen nachzuweisen.</p>	<p>„§ 9 Haftung</p> <p>(1) Die Verpächterin übernimmt keinerlei Haftung für Schäden jeglicher Art, die dem Generalpächter, seinen Zwischenpächtern, den Unterpächtern und deren Angehörigen oder Dritten innerhalb des Pachtobjektes entstehen. Hierfür haften der Generalpächter bzw. dessen Zwischenpächter in vollem Umfang und stellen die Verpächterin insoweit von allen Ansprüchen Dritter frei.</p> <p>(2) Der Generalpächter haftet ohne Rücksicht auf Verschulden für alle von ihm, seinen Zwischenpächtern sowie Unterpächtern und deren Angehörigen, Besuchern oder sonstigen Personen verursachten Schäden an dem Pachtobjekt.</p> <p>(3) Der Generalpächter ist verpflichtet, für Personen- und Sachschäden eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer des Pachtverhältnisses aufrecht zu erhalten. Er hat das Bestehen einer solchen Versicherung der Verpächterin auf Verlangen nachzuweisen.</p>
<p>„§ 11 Nebenkosten</p>	<p>„§ 10 Nebenkosten</p>

<p>Der Pächter trägt sämtliche mit der Überlassung und Benutzung der Pachtgrundstücke verbundenen Kosten, insbesondere alle steuerlichen Lasten und öffentlichen Abgaben. Der Bezug von Wasser und elektrischem Strom ist Sache des Pächters. Brunnenbohrungen dürfen nur mit Genehmigung der Verpächterin erfolgen. Brunnenbohrungen sind ausgeschlossen, wenn die Kleingärten am Wasserleitungsnetz der Stadt Wiesbaden angeschlossen sind.</p>	<p>Der Generalpächter trägt sämtliche mit der Überlassung und Benutzung der Pachtgrundstücke verbundenen Kosten, insbesondere alle steuerlichen Lasten und öffentlich- rechtlichen Abgaben sowie die Verbrauchskosten für den Bezug von Wasser und Strom.</p>
<p>„§ 12 Beendigung des Pachtverhältnisses</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Endet das Pachtverhältnis, so ist das Pachtobjekt in einem Zustand zurückzugeben, wie er sich bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung ergibt. (2) Eine Verpflichtung zur Entschädigung und zur Gestellung von Ersatzgelände richtet sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen. 	<p>„§ 11 Gartenbrunnen</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Brunnenbohrungen dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung der Verpächterin erfolgen. (2) Die chemische Qualität des Grundwassers wird durch die Verpächterin nicht überwacht. Eine ausreichende Qualität kann zudem durch die Verpächterin nicht garantiert werden. (3) Der Generalpächter ist verpflichtet, das Bohren und Abteufen von Gartenbrunnen vor Beginn der Unteren Wasserbehörde schriftlich anzuzeigen und rechtlich genehmigen zu lassen. (4) Brunnenbohrungen sind nicht zulässig, wenn die Gartenparzellen an das Wasserleitungsnetz angeschlossen sind.

<p>„§ 13 Erfüllungsort und Gerichtsstand</p> <p>Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wiesbaden.</p>	<p>„§ 12 Schlussbestimmungen</p> <ul style="list-style-type: none">(1) Nebenabreden sowie nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen zu diesem Vertrag sind nur wirksam, wenn sie schriftlich getroffen werden.(2) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen ist Wiesbaden.(3) Alle bisherigen Pachtverträge verlieren mit Inkrafttreten dieses Generalpachtvertrages ihre Gültigkeit.(4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder nach Vertragsabschluss unwirksam werden, bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen

	<p>hiervon unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der vertraglichen Zielsetzung des Vertrages möglichst nahe kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.</p>
<p>„§ 14 Änderung der Rechtsform und besondere Vereinbarungen</p> <p>(1) Nebenabreden sowie nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen zu diesem Vertrag sind nur rechtswirksam, wenn sie schriftlich getroffen werden.</p> <p>(2) Alle bisherigen Pachtverträge verlieren mit Inkrafttreten dieses Generalpachtvertrages ihre Gültigkeit</p> <p>(3) Abweichungen von der in § 5 Absatz 1 festgelegten LaubengöÙe sind zulässig, wenn es aufgrund der Bauleitplanung und ökologischer Belange notwendig ist.</p> <p>(4) Ergänzung vom 09.04.1986 Sofern die Bauleitplanung oder ökologische Belange es erforderlich machen, ist die Verpächterin berechtigt,</p> <p>bestimmte Baumaterialien für die Errichtung von Gartenlauben und sonstigen baulichen Anlagen in städtischen Dauerkleingartenanlagen, auszuschließen.</p> <p>Wird eine derartige Anordnung nicht befolgt, ist die Verpächterin berechtigt, den sofortigen Abbruch dieser</p>	

aus nicht zugelassenen Materialien erstellten Gartenlauben oder sonstigen Baulichkeiten auf Kosten des Generalpächters zu verlangen und das Gelände fristlos zu kündigen.	
„§ 15 Vertragsausfertigung Der Vertag sowie die dazugehörige Aufstellung der verpachteten Grundstücke werden für jede Partei einmal gefertigt.	